



Newsletter

Mai 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Wahl in Bremen ist vorbei und für die FDP war sie äußerst erfolgreich. Mit 6,57 Prozent ziehen die Liberalen nach vierjähriger Abwesenheit wieder in die Bremische Bürgerschaft ein und dies mit dem besten Ergebnis seit fast 20 Jahren. Lencke Steiner und ihr Team haben mit einem modernen, frischen und inhaltsreichen Wahlkampf die Wähler und Wählerinnen von sich überzeugen können.

Für 60 Prozent der FDP-Wähler (Vergleich: 40 Prozent bei der SPD) ging es um Inhalte und Themen und nicht wie in den Sozialen Medien teilweise suggeriert um einen Personenkult. Ein weiterer Erfolgsfaktor für diese Wahl, wie zuvor auch in Hamburg, war der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit der liberalen Familie deutschlandweit. Am Liberalen Aktionstag, dem 2. Mai, sind zum Beispiel über 500 FDP-Mitglieder aus dem ganzen Bundesgebiet angereist, um in Bremen Wahlkampf zu machen, bunte Luftballons mit unseren Ideen steigen zu lassen und gemeinsam für den Erfolg zu kämpfen.

Beste Bildung, starke Wirtschaft mit Förderung der Gründerszene und fließender Verkehr werden die Kernthemen für eine konstruktive Oppositionspolitik der neuen Bürgerschaftsfraktion. Ich wünsche den sechs gewählten Abgeordneten viel Erfolg und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit. Und Ihnen wünsche ich viel Spaß beim Lesen!

Ihre Gesine Meißner

Inhalt

I. Bundesparteitag in Berlin unter dem Motto "German Mut"

II. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Soll Mutterschaftsurlaub EU-weit einheitlich geregelt werden?	<i>Seite 4</i>
"Safer Healthcare" in Europe	<i>Seite 4</i>
Europäische Agenda für Migration	<i>Seite 5</i>
Debatte über Todesstrafe in Ungarn	<i>Seite 5</i>
Mineralien aus Konfliktregionen	<i>Seite 6</i>

III. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Auftakt meiner Intergroup in Brüssel	<i>Seite 7</i>
Umgang mit zivilen Drohnen	<i>Seite 7</i>
Hafenpaket (Berichterstatteerin der liberalen Fraktion)	<i>Seite 8</i>
Luftverschmutzung von Fahrzeugen weiter reduzieren (Berichterstatteerin der liberalen Fraktion)	<i>Seite 8</i>
Wünschenswert aber illusorisch: Abschaffung von Tierversuchen in der medizinischen Forschung	<i>Seite 8</i>
Bürokratieabbau in der EU	<i>Seite 9</i>
Deutscher Mindestlohn im internationalen LKW-Verkehr	<i>Seite 10</i>
Ein EU-weites Ticket-System für grenzenloses Reisen in Europa	<i>Seite 10</i>

IV. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Europäische Gesetzgebung am Ursula-Gymnasium in Osnabrück	<i>Seite 11</i>
Start des Mentoringprogramms bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin	<i>Seite 11</i>
Terminvorschau	<i>Seite 11</i>

I. Bundesparteitag in Berlin unter dem Motto "German Mut"

„Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Kernforderungen der FDP“ lautete der Leitantrag beim 66. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP, der dieses Jahr vom 15. bis zum 17. Mai in Berlin stattfand. In der Presse wurde hauptsächlich über die Annahme des Antrags zur kontrollierten Freigabe von Cannabis berichtet, den unsere Jungen Liberalen einbrachten. Mein Antrag zur Ratifizierung der Istanbul-Konvention, den ich für die Liberalen Frauen eingereicht hatte, wurde angenommen. Diese Konvention des Europarats schafft verbindliche Rechtsnormen gegen häusliche Gewalt und insbesondere gegen die Gewalt an Frauen. Zudem schreibt das Abkommen die Verankerung der Gleichstellung von Geschlechtern und die Abschaffung sämtlicher diskriminierender Vorschriften in der Verfassung vor. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Konvention zwar unterschrieben, bisher allerdings nicht ratifiziert - das muss sich ändern!

Satzungsgemäß standen auch wieder die Wahlen für den Bundesvorstand an. Unser Bundesvorsitzender Christian Lindner wurde mit starken 92,4 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Zum ersten Stellvertreter wurde Wolfgang Kubicki mit 94,2 Prozent gewählt. Auch ich wurde für zwei weitere Jahre als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt, in dem ich bereits seit 2007 Mitglied bin. Nach den für uns erfolgreichen Landtagswahlen in Bremen und Hamburg wollen wir uns jetzt nicht entspannt zurücklehnen, sondern uns getreu dem neuen Motto „German Mut“ couragiert auf die bevorstehenden Wahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im März 2016 vorbereiten. Auf dem Bild sehen sie die strahlenden Wahlsieger aus Bremen beim Bundesparteitag: Prof. Hauke Hilz (Landesvorsitzender Bremen) und Lencke Steiner (Spitzenkandidatin der FDP in Bremen).



Im Rahmen des Bundesparteitags moderierte ich als Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen eine Diskussionsrunde zum Thema "Frauen sind anders - Männer auch! Die weibliche Sicht auf Gesellschaft und Politik". In der Debatte wurde deutlich, dass viele Frauen den Weg in die Politik scheuen, da sie Politik als reine Männersache wahrnehmen. Es wird ihnen zu viel geredet und nicht zielgerichtet genug gearbeitet. Zudem wagen sich viele Frauen erst nach der Familienplanung in die Politik. Das gibt den Männern einen Vorsprung in der politischen Karriere. Sie können viel früher Netzwerke aufbauen und sich Posten innerhalb der Partei sichern. Wie bekommen wir mehr Frauen in die FDP? Es müssen mehr Themen angesprochen werden, die Frauen besonders bewegen, z.B. Bildung, Familie und soziale Fragen. Seitens der Liberalen Frauen haben wir ein Internetforum als Diskussionsplattform eingerichtet und werden frauenspezifische Seminare und lockere Treffen organisieren. Ich bin überzeugt, dass liberale Politik für Frauen und Männer gleichermaßen gut "passt" und werde dafür weiter Überzeugungsarbeit leisten.

II. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Soll Mutterschaftsurlaub EU-weit einheitlich geregelt werden?

Oder ist das eine Frage, die jedes EU-Land lieber gemäß den nationalen Gepflogenheiten organisiert? Die Kommission hatte 2008 einen Vorschlag für eine Richtlinie zum Mutterschutzurlaub gemacht, die eine veraltete EU-Richtlinie aus dem Jahr 1992 ersetzen sollte. Darin schlug sie 14 Wochen Mutterschaftsurlaub vor, was der derzeitigen Regelung in Deutschland entspräche. Das Europaparlament hatte diesen Vorschlag damals großzügig auf 20 Wochen Mutterschutz bei voller Bezahlung ausgeweitet. Dieser Vorschlag würde wiederum das deutsche System auf den Kopf stellen, das an sich für junge Mütter vorteilhafter ist, da man nach dem Mutterschutz zusätzlich Anspruch auf ein Jahr Elternzeit hat. Auch die Bezahlung von 6 Wochen zusätzlichem Mutterschutz wäre in Deutschland problematisch. Hier übernimmt der Arbeitgeber nämlich einen Großteil der Kosten und die jungen Mütter werden nicht direkt aus dem Staatshaushalt entlohnt wie in anderen Ländern.

Wie so oft bei Sozialgesetzgebung sind die Systeme in den einzelnen EU-Mitgliedsländern unterschiedlich organisiert. Da möchte kein Land alles umstellen. Deswegen blockieren die Mitgliedsstaaten die Richtlinie zum Mutterschutz schon seit mehreren Jahren. Die Kommission hat nun angekündigt, den Gesetzgebungsvorschlag zurückzuziehen, wenn Parlament und Rat nicht bis Ende Juni einen Ausweg finden. Das Parlament hat deswegen in einer Resolution in Straßburg nochmals mehrheitlich bekräftigt, dass es bereit ist, mit dem Rat zu verhandeln, und hat gleichzeitig kritisiert, dass der Richtlinienvorschlag abgeschafft werden soll. Unsere Position ist aber eine andere: Wir haben als FDP schon damals gegen die 20 Wochen Mutterschutzurlaub gestimmt und sind deswegen nicht traurig, wenn die europäische Mutterschutz-Richtlinie nicht verabschiedet wird. Daher haben wir die Resolution diese Woche auch abgelehnt. Die derzeitige deutsche Regelung ist ausgewogen und hat sich bewährt, sowohl für junge Eltern als auch für Arbeitgeber.

"Safer Healthcare" in Europe

In der EU erleiden 8-12 Prozent der stationär eingewiesenen Patienten Schäden oder unerwünschte Folgen durch Behandlungen. 20-30 Prozent davon gelten als vermeidbar. Aber nicht nur stationär können Negativfolgen einer Therapie auftreten. In dem am Dienstag angenommenen Initiativbericht des Parlaments zur sicheren Gesundheitsvorsorge geht es hauptsächlich um europäische Mindeststandards in der Krankenfürsorge. Ein weiterer Bestandteil ist die Vermeidung von sogenannten "antimikrobiellen Resistenzen". Das bedeutet, dass beispielsweise ein Bakterium eines Patienten die Fähigkeiten entwickelt, der Wirkung eines Antibiotikums zu widerstehen. Faktisch wird das Antibiotikum unwirksam. Deswegen ist es wichtig, die Forschung und Entwicklung neuer Antibiotika voranzutreiben. Ein Vorhaben, was uns Liberalen besonders wichtig ist.

Antibiotika sollen Todes- oder Krankheitsfälle, die durch bakterielle Erkrankungen ausgelöst werden, verringern. Zudem sind sie ein unverzichtbares Instrument der modernen Medizin: Übliche Verfahren wie die Transplantation, die Chemotherapie bei Krebs und die orthopädische Chirurgie könnten ohne wirkungsvolle Antibiotika ebenfalls nicht durchgeführt werden. Eine der Hauptursachen für die Resistenz ist die unsachgemäße Verwendung. Beispielsweise werden Antibiotika unnötig gegen virale Infektionen verordnet, gegen die sie wirkungslos sind. Es gibt aber auch andere Ursachen: Patienten wissen oft nicht, dass eine Antibiotika-Therapie bis zum Ende durchgeführt werden muss, oder es werden standardmäßig Breitspektrum-Antibiotika verordnet. Bei den Behandlungen sollte der Patient stets im Mittelpunkt stehen. Fort- und Weiterbildungen sind wichtiger Bestandteil der Gesundheitssysteme. Die Kommission und Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, nachzudenken, wie sie einer besseren und sicheren Gesundheitsfürsorge nachkommen können.

Europäische Agenda für Migration

Die Hauptdebatte fand diese Woche in Straßburg aus aktuellem Anlass wieder zum Thema Flüchtlinge und Migration statt. Einige Mitgliedsstaaten, insbesondere die Mittelmeeranrainer, können die gewaltigen Flüchtlingsströme nicht allein bewältigen. Der für Flüchtlingsfragen zuständige griechische Kommissar Avramopoulos hat deshalb am Mittwoch eine Europäische Migrationsagenda vorgestellt. Sie ist eine Kombination aus innen- und außenpolitischen Maßnahmen und besteht nicht nur aus Sofortmaßnahmen als Antwort auf das Flüchtlingsleid, das wir jeden Tag in den Nachrichten sehen.

Neben der Verdreifachung der Kapazitäten und Ressourcen für die gemeinsamen Frontex-Operationen Triton und Poseidon - eine Forderung, die wir schon lange hatten - wird die Kommission einen zeitlich befristeten Verteilungsmechanismus für Menschen, die internationalen Schutz in der EU benötigen, entwickeln. Bis Ende Mai soll ein EU-weites Neuansiedlungssystem für 20.000 Flüchtlinge vorgelegt werden. Dafür werden von der Kommission 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die mittel- bis langfristig angelegten politischen Leitlinien von Kommissionspräsident Juncker fokussieren sich auf vier Schwerpunkte:

Als erstes sollen die Anreize für illegale Migration reduziert werden. Das bis dato rentable Schleusergeschäft soll in ein wenig lukratives Geschäft umgewandelt werden. Der zweite Schwerpunkt betrifft das Grenzmanagement, d.h. die Rettung von Menschenleben und die Sicherung der Außengrenzen. Hierzu sollen falls erforderlich bestimmte Küstenschutzaufgaben auf EU-Ebene zusammengeführt werden. Eine gemeinsame starke Asylpolitik ist der dritte Schwerpunkt. Dabei soll besonders die systematische Identitätsfeststellung der Asylbewerber gestärkt werden, um zu verhindern, dass Flüchtlinge in mehreren EU-Staaten nacheinander Asyl beantragen. Wichtig ist vor allem der vierte Schwerpunkt, nämlich die Schaffung legaler Migrationsmöglichkeiten in die EU. Die Bevölkerung in Europa schrumpft, deswegen müssen wir Wege finden, um legale Migration zu ermöglichen. Insbesondere gutausgebildete Menschen müssen die Chance bekommen, bei uns einen sicheren Platz in der Gesellschaft zu bekommen und einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung Europas zu leisten. Auch auf unserem Bundesparteitag haben wir uns mit einem ausführlichen Antrag zur Flüchtlingsproblematik befasst.

Debatte über Todesstrafe in Ungarn

Das Ungarn unter der politischen Führung Victor Orbans kann man getrost als eines der Sorgenkinder der EU bezeichnen. Sei es das berüchtigte Mediengesetz aus dem Jahr 2010, sei es die Ausbreitung der rechtsradikalen Jobbik-Partei, sei es die offene Ablehnung eines freiheitlichen demokratischen Systems seitens der Regierung. In der jüngeren Vergangenheit ist Ungarn regelmäßig äußerst unangenehm aufgefallen. Dieser traurigen Liste ist jetzt leider ein weiteres Kapitel hinzugefügt worden, da sich Ministerpräsident Orban offen für eine Wiedereinführung der Todesstrafe einsetzt. Zu diesem Zweck hat Orban nun vor dem Europäischen Parlament gesprochen. Er möchte sich damit weiterhin als rechtsnationaler Hardliner profilieren. Es ist allerdings ein Spiel mit dem Feuer, denn es steht nichts Geringeres als die Wahrung der europäischen Werte auf dem Spiel.

In der Plenardebatte hat die liberale Fraktion unmissverständlich und in aller Schärfe unterstrichen, dass eine Aushöhlung der EU-Charta der Grundrechte nicht geduldet wird. Die Argumentation von Orban, laut derer die Einführung der Todesstrafe nationaler Zuständigkeit unterliegt, ist falsch, denn als EU-Mitglied hat sich Ungarn verpflichtet, den europäischen Menschenrechtskonventionen zu folgen. Diese formulieren eindeutig, dass niemand zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden darf. Ich bin zudem sehr enttäuscht, dass sich die Europäische Volkspartei, und damit auch die CDU/CSU, nicht eindeutiger von Orban distanzieren, dessen Fidesz-Partei ein Teil des konservativen Lagers im Europäischen Parlament ist. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft und einzelne Mitgliedsstaaten sollten es vermeiden - gerade in diesen schwierigen politischen Zeiten - unsere fundamentalsten Werte zu hintergehen.

Mineralien aus Konfliktregionen

Die Anteilnahme der Bevölkerung an der Abstimmung zu den sogenannten "Konfliktmineralien" wurde in den letzten Wochen dadurch deutlich, dass uns per Mail hunderte Nachrichten mit Forderungen erreichten. Das liegt größtenteils daran, dass es sich hier um ein wirklich tragisches Thema handelt, bei dem es - das kann man so unverblümt sagen - um Leben und Tod geht. Die vier Mineralien - Gold, Zinn, Tantal und Wolfram - sind ein wesentlicher Bestandteil von weit verbreiteten Konsumgütern, wie zum Beispiel Mobiltelefonen oder Laptops.

Der Handel mit den begehrten Mineralien ist hochprofitabel und bedarf eigentlich einer strengen Regulierung und Überwachung. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die Rohstoffe werden größtenteils in Regionen gefördert, die zu den weltweit unsichersten zählen, wie die Zentralafrikanische Republik oder die Demokratische Republik Kongo, um nur zwei zu nennen. In diesen Regionen wird der Handel von Rebellengruppen kontrolliert, die die Bevölkerung gewaltsam zwingen, Mineralien unter widrigsten Umständen zu fördern. Mit den Einnahmen werden dann die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen finanziert, mit dem Ziel das Einflussgebiet und damit auch den Zugang zu Mineralien zu erweitern. Es ist ein wahrer Teufelskreis.

Nicht nur in der Bevölkerung, sondern natürlich auch in der Politik wurde das Thema kontrovers diskutiert. Diese Woche standen die Abstimmungen für ein europäisches Kontrollsystem auf dem Programm. Die Liberalen hatten sich klar positioniert: Uns ging der Kommissionsvorschlag, der auf freiwilligen Verpflichtungen für die Industrie beruhte, nicht weit genug. Wir bestehen auf verpflichtende Standards für die Schmelz- und Veredlungsindustrie, da die betreffenden Mineralien von diesen verarbeitet werden. Für kleine und mittelständische Unternehmen haben wir weniger strenge Regeln vorgesehen. Letztlich sollte für Kunden ersichtlich sein, woher Produzenten Rohstoffe beziehen. In der Abstimmung wurden diese Ziele größtenteils erreicht. Ein Zertifizierungsverfahren wurde verabschiedet und kleinere Unternehmen werden bei der Rückverfolgung von Mineralien unterstützt. Importeure müssen nachweisen, dass Mineralien nicht aus Konfliktregionen stammen.

All diese Vorschläge sind schnell umsetzbar. Die EU hat, als größter Binnenmarkt und Industriestandort, ein gewaltiges Potential um weltweit Verbesserungen herbeizuführen und muss dies nutzen. Eine solche Chance können wir nicht verstreichen lassen. Gleichzeitig dürfen wir nicht denselben Fehler wie die US-Amerikaner begehen, die durch ultrarestriktive Regulierung ganze Regionen aus dem Markt ausgeschlossen ("Kongo-frei statt Konflikt-frei") und den legitimen Abbau dort verhindert haben. Dadurch wurde den dortigen Arbeitern die Lebensgrundlage entzogen, so etwas wollen wir nicht.

III. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Auftakt meiner Intergroup in Brüssel

Am 12. Mai fand die erste Konferenz der Intergroup "Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas" in Brüssel statt. Über insgesamt drei Stunden sprachen knapp 20 Vertreter der europäischen Institutionen, maritimen Wirtschaft, Forschung und verschiedener Nichtregierungsorganisationen über die Zukunft der europäischen Meerespolitik. Als Präsidentin der Intergroup hatte ich das Vergnügen, die Veranstaltung gemeinsam mit Karmenu Vella, dem maltesischen EU-Kommissar für Umwelt und Maritimes, zu eröffnen. Erfreulicherweise konnte der Kommissar auch noch bis nach der ersten Podiumsdiskussion bleiben, um sich den Fragen der mehr als 100 Anwesenden zu stellen. Dabei betonte der Kommissar vor allem die Notwendigkeit einer weltweiten Koordination der Meerespolitik, um die Weichen für ein nachhaltiges Wachstum zu stellen.

In drei thematischen Sitzungen wurde über die Zukunft des "blauen Wachstums", die europäischen Fördermöglichkeiten für den maritimen Sektor und die besonderen Herausforderungen für Inseln debattiert. Nach mehreren Arbeitstreffen mit Vertretern der verschiedenen Generaldirektionen der Kommission und der maritimen Industrie war diese Veranstaltung der öffentlichkeitswirksame Auftakt der im Januar gegründeten Intergroup.

An diesem Donnerstag trafen sich die Mitglieder der Intergroup in Straßburg, um die weiteren Aktivitäten zu planen. Die nächste Veranstaltung wird am 2. Juli stattfinden. Dabei wird es um Meeresforschung und die Frage von Datenerhebung gehen. Nach der Sommerpause werden dann Konferenzen zum Thema maritime Raumordnung, Zukunft des Schiffbaus in Europa und des zunehmenden Meeresmüllproblems stattfinden. Gleichzeitig hat bereits die Planung für eine große Konferenz im kommenden Jahr begonnen, die gemeinsam von der Intergroup und der niederländischen Ratspräsidentschaft ausgerichtet werden soll.

Umgang mit zivilen Drohnen

Mehr und mehr unbemannte Flugsysteme - im Volksmund besser bekannt als Drohnen - bevölkern den Luftraum. Ferngesteuerte Drohnen werden nicht nur vom Militär verwendet. Die Nutzer von zivilen Drohnen erstrecken sich von Privatnutzern über Filmemacher bis zum Vermessungsingenieur. Für die Zukunft ist eine Vielzahl an weiteren Einsatzmöglichkeiten vorstellbar, so zum Beispiel im Gütertransport und der künstlichen Pflanzenbestäubung. Bedingt durch die Ausstattung mit einer Kamera können Drohnen hochauflösende Luftbildaufnahmen machen. Deshalb stellt sich nun verstärkt die Frage nach dem Datenschutz und der Privatsphäre des einzelnen Bürgers.

In Deutschland ist der Gebrauch von privaten Drohnen datenschutzrechtlich nicht zu beanstanden, wenn die Foto- und Filmaufnahmen nur für private Zwecke genutzt werden und nicht im höchstpersönlichen Lebensbereich eines Bürgers gemacht werden, beispielsweise in einem gegen Einblicke besonders geschützten Raum. Anders verhält sich die Sachlage, wenn die Nutzung gewerblich erfolgt oder Personen gezielt überwacht werden. Dann drohen unter bestimmten Voraussetzungen sogar strafrechtliche Konsequenzen.

Derzeit gibt es keine EU-weiten Regelungen zu unbemannten Luftfahrzeugen. Die Europäische Kommission will daher Ende des Jahres einen Gesetzesvorschlag machen, um auch den grenzüberschreitenden Drohnen-Einsatz zu ermöglichen. Es muss vor allem sichergestellt werden, dass ferngesteuerte Drohnen automatisch Hindernisse und andere Flugobjekte erkennen oder während des Fluges nicht von Hackern "entführt" werden können. Auch die Datenschutzfragen sollten europaweit geregelt werden. Im Transportausschuss erarbeiten wir hierzu gerade eine Stellungnahme.

Hafenpaket (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

Mit dem sogenannten "Port Package III" unternimmt die Europäische Kommission nun den dritten Versuch, die Häfen der EU einheitlichen Regeln zu unterwerfen. In der Vergangenheit hatte das Europäische Parlament sowohl Port Package I (2001), als auch Port Package II (2004) abgelehnt und somit die Gesetzesvorlagen der Kommission zurückgewiesen. Dieses Mal hatte das Parlament den Verordnungsvorschlag zwar nicht abgelehnt, aber die Arbeit daran auf Eis gelegt. Nach einem Jahr Pause wird der Hamburger SPD-Abgeordnete Knut Fleckenstein seinen neuen Vorschlag für eine Parlamentsposition nun im Juni im Verkehrsausschuss vorstellen.

Im Vergleich zu Port Package I und II ist die derzeitige Vorlage eher ein "Port Päckchen". Dieses Mal hat die Kommission auf weitreichende Marktöffnungsvorschläge für einzelne Dienste in den Häfen verzichtet. Lediglich die Lotsen, die Schlepper und die Baggerdienste sollen für konkurrierende Anbieter geöffnet werden. Mein Kollege Fleckenstein hat schon angekündigt, diesen Punkt streichen zu wollen. Außerdem sollen die Hafententgelte, die Reeder für die Nutzung von Hafeninfrastruktur zahlen, transparenter werden. Durch die Einrichtung von Beschwerdestellen und Nutzausschüssen sollen Häfen besser funktionieren und wettbewerbsfähiger werden. Problem ist nur, dass gerade die deutschen Häfen schon heute effizient arbeiten und gute Dienstleistungen anbieten. Was für einen Mittelmeerhafen hilfreich sein kann, bedeutet für einen deutschen Hafen unnötige und kostspielige Umstrukturierungen. Die Diskussionen um dieses historisch aufgeladene Gesetz werden noch schwierig werden.

Luftverschmutzung von Fahrzeugen weiter reduzieren (Berichterstatterin der liberalen Fraktion)

Schädliche Fahrzeugemissionen sollen verringert werden. Dieser Ansatz ist generell zu begrüßen. Die Maßnahmen müssen aber ausgewogen sein. Das heißt sie sollen natürlich einerseits möglichst gewinnbringend für die menschliche Gesundheit sein, müssen andererseits aber auch erreichbar, realistisch und bezahlbar bleiben. Im vorliegenden Bericht zur Anpassung von Euro 5 und Euro 6 schlägt die Kommission eine Reihe von Maßnahmen vor, um Abgase von leichten und schweren Nutzfahrzeugen zu verringern.

Das Anliegen unterstütze ich, werde mich aber auch darauf konzentrieren, dass die Anforderungen an Automobilhersteller realistisch bleiben und nebenbei die Gesetzgebung nicht mit Bürokratiehürden überfrachtet wird. Außerdem ist problematisch, dass sich die Kommission im vorliegenden Entwurf zu viele alleinige Entscheidungen vorbehält. Aus meiner Sicht muss für jeden neuen Grenzwert das Parlament Mitspracherecht haben. Diese dürfen nicht von der Kommission im Alleingang erlassen werden. Ich habe entsprechende Änderungsanträge eingereicht. Die Diskussion im Unterausschuss steht nun an.

Wünschenswert aber illusorisch: Abschaffung von Tierversuchen in der medizinischen Forschung

Wenn eine Bürgerinitiative mindestens eine Millionen Unterstützer findet, kann sie die Europäische Kommission auffordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen. Die Initiative „Stop Vivisection“ fordert den Ausstieg von Tierversuchen in der Forschung. Sie erhielt Zuspruch von rund 1,2 Millionen Menschen aus insgesamt 26 Mitgliedstaaten. Das Parlament war deshalb verpflichtet, eine öffentliche Anhörung zu veranstalten, die am 11. Mai stattfand.

Tierexperimentelle Forschung ist unersetzlich, darauf haben uns Forscher aus den verschiedensten Universitäten, Instituten und Forschungsbereichen eindringlich hingewiesen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Bereich der Epilepsieforschung wären Kenntnisse über diese häufige Erkrankung (Epilepsien betreffen ca. 1 Prozent aller Menschen) ohne Tierversuche auf einem erschütternd niedrigen Niveau, von den fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten ganz zu schweigen. Auch die Therapie anderer schwerer Krankheiten wie Krebs, Aids oder Alzheimer wäre heutzutage längst nicht so weit, wenn man auf Tierversuche verzichtet hätte. Dabei gilt natürlich stets die Einhaltung strengster ethischer Regeln. Es gibt immerhin in der EU bereits strenge Vorschriften, die insbesondere in der Richtlinie 2010/63/EU geregelt sind. Die Initiatoren wollen diese abschaffen und durch ein Totalverbot ersetzen. Wir müssen

uns aber immer vor Augen halten, dass es hier nicht um kosmetische Produkte geht, die erforscht werden, sondern um dringend benötigte Therapien und medizinische Erkenntnisse. Die Illusion, die durch die Initiatoren verbreitet wird, Forschung ließe sich auch komplett durch alternative Methoden durchführen, erweist sich als haltlos und ist Populismus in Reinform. Viele komplexere Körpervorgänge, wie das Herz-Kreislauf-System, werden nicht zufriedenstellend durch die vorgeschlagenen Alternativen abgedeckt. Darüber hinaus ist die Untersuchung eines echten Gehirns bei der Erforschung der neuronalen Grundlagen des Denkens unverzichtbar.

Die Kommission ist nun in der Pflicht eine Antwort zu präsentieren. Diese wird für den 3. Juni 2015 erwartet. Im Falle einer Ablehnung des Anliegens ist die Kommission zu einer Begründung verpflichtet. Es gilt als unwahrscheinlich, dass die Richtlinie 2010/63/EU abgeschafft wird. Medizinische Forschung bei Arzneimitteln und Therapien würde erheblich verlangsamt. Renommierte Medizinforscher würden ins Ausland abwandern. Ein Szenario, das sich die EU weder leisten kann noch darf. Bereits heute sind Tierversuche in der medizinischen Forschung auf ein Minimum beschränkt und müssen unter der Einhaltung höchster ethischer Standards stattfinden.

Bei einem ausführlichen Gespräch zu dem Thema mit Experten (darunter auch dem Tierschutzbeauftragten) der Medizinischen Hochschule Hannover wurde mir folgendes mit auf den Weg gegeben: Verbesserungen bei Transplantationen, Implantaten wie künstlichen Hüftgelenken oder der Krebsbekämpfung sind ohne Tierversuche auch in Zukunft nicht denkbar. Neue Krankheiten, neue Infektionen, Epidemien wie Ebola oder Vogelgrippe können nur bekämpft werden, wenn Forscher am gesamten Organismus neue Medikamente testen können. In Hannover wurde herzkranken Kindern das Leben gerettet, indem ihnen künstlich mitwachsende Herzklappen eingesetzt wurden. Auch so etwas ist und bleibt ohne vorheriges Testen am Tier nicht möglich.

Bürokratieabbau in der EU

Die Europäische Kommission, in Person von Vize-Präsident Timmermanns, hat ihre Vorschläge für bessere europäische Gesetzgebung in Straßburg vorgestellt. Was bedeutet das konkret? Erstens sollen Gesetze in Zukunft verständlicher und einfacher zu handhaben sein. Zweitens sollen Gesetze befristet und in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Drittens soll die europäische Gesetzgebung zielgerichteter werden - Stichwort: Qualität statt Quantität. Hintergrund der Initiative ist, dass der Brüsseler Verwaltungsapparat in der Bevölkerung zunehmend zu Recht als "Bürokratiemonster" wahrgenommen wird. Das spielt nicht nur den EU-feindlichen Parteien in die Karten, sondern vermittelt das Bild einer bevormundenden Organisation. Dass Bürokratieabbau möglich ist, kann ich aus meiner Zeit als niedersächsische Landtagsabgeordnete bestätigen: von 2003-2008 haben wir 40 Prozent aller Vorschriften abgeschafft und Gesetze mit "Verfallsdatum" eingeführt, und es gibt trotzdem immer noch mehr als genug.

Zugegeben ist der Name Bürokratieabbau eher trocken, doch verbirgt sich dahinter ein wichtiges Thema. Es muss uns gelingen, dafür zu sorgen, dass der Mittelstand sich wieder darauf konzentrieren kann, Arbeitsplätze zu schaffen, anstatt endlose Formulare auszufüllen. Es muss uns gelingen Unternehmen und Verbände stärker in den Prozess einzubeziehen. Es muss uns gelingen die Kraft der EU auf Felder zu richten, wo für spürbare Verbesserung gesorgt werden kann. All dies hat auch die Kommission erkannt. Das wird allein dadurch deutlich, dass die zweitwichtigste Person hinter Präsident Juncker, nämlich Vizepräsident Frans Timmermans, sich größtenteils mit diesem Thema befasst. Das Vertrauen in Europa muss wieder gestärkt werden. Schlüssel dafür ist der Bürokratieabbau und wir Liberalen werden der Kommission tatkräftig zur Seite stehen. Es ist an der Zeit "Gesetzesleichen" aus dem Keller zu holen. Ein gutes Beispiel sind die Diskussionen um die Sicherheitsvorkehrungen im Flugverkehr. Seit Jahren wird darüber gestritten, wer die Kosten für stärkere Kontrollen übernehmen soll, obwohl diese von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt werden. Solche ziellosen Diskussionen gibt es zuhauf innerhalb der EU, weshalb es höchste Zeit ist dagegen vorzugehen.

Deutscher Mindestlohn im internationalen LKW-Verkehr

Endlich hat die Europäische Kommission angemessen auf den deutschen Mindestlohn im Transportsektor in Form eines Vertragsverletzungsverfahrens reagiert. Begründung: Sowohl Regeln des Europäischen Binnenmarktes als auch die Entsenderichtlinie ausländischer Arbeitnehmer werden verletzt. Die meisten EU-Staaten sehen mittlerweile einen Mindestlohn vor, aber noch kein Land hat detaillierte Regeln dazu für den Warentransport festgelegt. Die Einbeziehung des internationalen LKW-Verkehrs - auch im Transit, d.h. heißt im reinen Durchfahrtsverkehr durch Deutschland - in das nationale Mindestlohngesetz ist völlig überzogen. Es bedeutet, dass Löhne für ausländische Fahrer angepasst werden müssen, sobald diese die Grenze überqueren. Wie soll das in der Praxis funktionieren? Die Bundesregierung stellt es sich so vor, dass alle Fahrten mit Angabe der Verweilstunden in Deutschland beim Zoll angemeldet werden müssen - auf deutsch und per Fax! Vollkommen unsinnig im größten Binnenmarkt der Welt, in dem der größte Teil der Waren auf den Straßen transportiert wird. Obendrein führt es zu zusätzlichen bürokratischen Hürden, und das in Zeiten, in denen die EU alles daran setzt, Bürokratie abzubauen statt zu erhöhen.

Nicht nur unsere europäischen Nachbarn sind außer sich, auch ich finde das unakzeptabel. Dieser Vorschlag ist der heutigen Zeit nicht angemessen. Europa beraubt sich der eigenen Stärke, indem wir zurück in nationale Fragmentierung, Schlagbaummentalität und protektionistisches Gehabe fallen. Ich kann es nur immer wieder betonen: Wir brauchen fairen Wettbewerb für europäische Transportunternehmen, und wir wollen gute Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer, egal, woher sie kommen. Aber das Mindestlohngesetz ist da der falsche Weg. Es ist gut, dass die Kommission nach gründlicher juristischer Analyse zu dem gleichen Schluss gekommen ist und formal ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet hat. Die Bundesregierung hat jetzt zwei Monate Zeit für eine ausführliche Stellungnahme.

Ein EU-weites Ticket-System für grenzenloses Reisen in Europa

In der nächsten Woche wird der Verkehrsausschuss über eine Stellungnahme zum Thema "Umsetzung multimodaler integrierter Fahr- und Flugscheinsysteme" abstimmen. Hinter diesem sperrigen Titel verbirgt sich ein wichtiges Thema, das dem ein oder anderen vielleicht auch schon aufgefallen ist. Derzeit gibt es innerhalb der EU keine Plattform, auf der man auf einen Blick Reiseangebote per Flugzeug, Zug, Schiff oder Bus finden kann. Es ist heute schwierig, eine grenzüberschreitende Reise mit verschiedenen Verkehrsmitteln zu planen. Man muss sich im Internet mühsam durch verschiedene Anbieter für die verschiedenen Verkehrsmittel in den verschiedenen Ländern klicken. Das ist eine Vollzeitätigkeit, für die man Geduld, Fremdsprachenkenntnisse und echtes Detailwissen braucht.

Wir wollen Reisenden eine Grundlage bieten, um zügig die nachhaltigste, schnellste und kostengünstigste Reiseoption herauszusuchen, sie online zu buchen und zu bezahlen. Die Idee ist, dass Bürger eine Reise von Riga bis Porto auf einer Internetseite buchen und mit nur einem Fahrschein antreten können. Das wäre für den Reisenden wesentlich komfortabler. Nach der Abstimmung im Verkehrsausschuss wird das Thema im Plenum besprochen werden. Damit wird die Europäische Kommission aufgefordert, dieses Thema stärker zu verfolgen. Das integrierte Ticketsystem wird uns noch eine Weile beschäftigen, denn viele offene politische und technische Fragen zur Bereitstellung von Daten, Abrechnung und Fahrscheinerkennung müssen geklärt werden - es bleibt also spannend.

IV. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Europäische Gesetzgebung am Ursula-Gymnasium in Osnabrück

"Was kann die Europäische Union tun, um bessere Rahmenbedingungen für Flüchtlinge zu schaffen?" Mit dieser Frage beschäftigte sich eine 10. Klasse unter Leitung ihres Politiklehrers Matthias Seestern-Pauly und startete im Simulationsspiel ein Gesetzgebungsverfahren mit verteilten Rollen. Zum Abschluss wurde ich eingeladen, um aus meiner Arbeit als Europaabgeordnete zu berichten und zu aktueller Tagespolitik Stellung zu nehmen. Die Klasse war äußerst interessiert und befragte mich sehr detailliert zu verschiedensten Themen. So wollte eine Schülerin wissen, wer in meinem Büro eigentlich "das Sagen" hat und damit ausschlaggebend ist für meine politischen Entscheidungen: Lobbyisten und damit Wirtschaft und Interessensverbände, meine Assistenten (die ja alle Inhalte für mich bearbeiten) oder ich allein? Nun, es ist eine Mischung aus allem: Lobbyisten geben mir Einblick in die Praxis oder teilen mir ihre Anliegen mit, meine Assistenten sind meine wichtigsten Berater, aber entscheiden und die Entscheidung letztlich verantworten muss ich natürlich selbst.

Start des Mentoringprogramms bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin

Der Ansturm auf die Plätze im Mentoringprogramm für Frauen war so groß, dass entgegen der ursprünglichen Planung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Herbst 2015 gleich ein zweiter Kurs eingerichtet wird. Als Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen und frühere langjährige Seminarleiterin "Frauen in die Politik" habe ich in der Eröffnungsveranstaltung von meinem Weg in die Politik und aus der aktuellen Arbeit berichtet und den 29 Teilnehmerinnen Tipps zum Durchstarten in der männlich dominierten Politik gegeben. Die Frauen aus elf Bundesländern mit unterschiedlichsten Vorerfahrungen und Funktionen in der FDP hatten gleich am zweiten Tag des Kurses Gelegenheit, den Bundesparteitag zu besuchen. Einige waren Delegierte und blieben dabei. Ein gelungener Einstieg!

Terminvorschau

23.05.	FDP-Landesvorstand	Hannover
26.05.	Ausschusssitzungen	Brüssel
26.05.	Expertentreffen Medizinprodukte	Brüssel
27.05.	Miniplenum	Brüssel
27.05.	Delegationssitzung	Brüssel
28./29.05.	Europäischer Tag der Meere	Athen
30.05.	Landesmitgliederversammlung Liberale Frauen	Hannover

Ich wünsche Ihnen ein frohes Pfingstfest!

Ihre



22. Mai 2015